



# Amtsblatt

*Amtliche Mitteilungen des Landkreises  
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim*

**Herausgeber:**

Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
91413 Neustadt a.d.Aisch

**Ansprechpartner:** Anne Geißendörfer

Telefon: 09161 92-1006  
Telefax: 09161 92-91006  
E-Mail: [amtsblatt@kreis-nea.de](mailto:amtsblatt@kreis-nea.de)  
Internet: <http://www.kreis-nea.de>

**Verantwortlich:** Landrat Helmut Weiß

**Nächster Redaktionsschluss:** 19.09.2022

Nr. 18

Jahrgang 2022

17.09.2022

**LANDRATSAMT NEUSTADT  
A.D.AISCH-BAD WINDSHEIM  
Taxitarifordnung – TTO**

Verordnung des Landratsamtes Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (Taxitarifordnung – TTO); vom 12.09.2022

Das Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 14 des Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 2808), und auf Grund von § 11 Nr. 1 der Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Delegationsverordnung – DelV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Mai 2022 (GVBl. S.225) folgende

Verordnung:

### § 1 Geltungsbereich

(1) Die in dieser Verordnung festgesetzten Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen gelten für alle Taxen, die von der Genehmigungsbehörde für den Gelegenheitsverkehr im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim zugelassen sind und ihren Betriebsitz im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim haben.

### § 2 Pflichtfahrgebiet

(1) Pflichtfahrgebiete sind  
1. die Stadt Bad Windsheim und die Gemeinde Illesheim,  
2. die Stadt Neustadt a.d.Aisch und die Gemeinde Diespeck,  
3. die Stadt Scheinfeld und der Markt Markt Bibart,  
4. die Stadt Uffenheim und die Gemeinden Weigenheim und Gollhofen,  
5. die Gemeinde Burghaslach  
für die Taxen mit Betriebsitz in einem Pflichtfahrgebiet.  
(2) Die in § 2 Abs. 1 genannten Gebiete sind zugleich Pflichtfahrgebiete im Sinne des § 47 Abs. 4 PBefG.  
(3) Ein Beförderungsanspruch besteht nur innerhalb des Pflichtfahrgebietes.

(4) Für alle Fahrten mit Taxen innerhalb des Pflichtfahrgebietes ist ein Beförderungsentgelt gem. § 3 Abs. 1 bis 7 dieser Verordnung zu fordern.

(5) Im Pflichtfahrgebiet dürfen Fahrgäste nur mit eingeschaltetem Fahrpreisanzeiger befördert werden. Dies gilt nicht für vereinbarte Fahrten zu gesellschaftlichen Anlässen, insbesondere zu Hochzeiten oder Beerdigungen, sofern und solange die Taxe hierfür für einen bestimmten Zeitraum gemietet ist. In diesen Fällen ist das auf dem Dach der Taxe befindliche Taxischild zu verhüllen.

### § 3 Beförderungsentgelt

(1) Das Beförderungsentgelt setzt sich zusammen aus  
1. Grundpreis für die Inanspruchnahme einer Taxe,  
2. Kilometerpreis,  
3. Zeitpreis.  
(2) Der Grundpreis (Mindestfahrpreis) beträgt 4,10 €. Er enthält eine Fahrtleistung von 0,20 € (=86,9 Meter). Der Grundpreis ist auch zu entrichten, wenn die Fahrt aus Gründen, die der Bestellende zu vertreten hat, nach der Auftragserteilung nicht durchgeführt wird.  
(3) Der Kilometerpreis beträgt unabhängig von der Anzahl der zu befördernden Personen 2,30 € je Kilometer. Dies entspricht 0,20 € je 86,9 Meter. Der Kilometerpreis fällt nur an, wenn ein Fahrgast befördert wird oder wenn nach ausdrücklichem Auftrag des Fahrgastes eine Leerfahrt unternommen wird. Als Leerfahrt gilt nicht die Anfahrt zum Einstiegsort des Fahrgastes.  
(4) Der Zeitpreis beträgt 36 € je Stunde. Dies entspricht 0,20 € je 20 Sekunden. Der Zeitpreis wird bei verkehrsbedingter und kundenbedingter Unterschreitung der Umschaltgeschwindigkeit zur Berechnung des Fahrpreises herangezogen. Die Umschaltgeschwindigkeit beträgt 15 km/h.  
(5) Bei der Beförderung von fünf oder mehr Fahrgästen mit einem Großraumfahrzeug wird ein Zuschlag von 7,50 € erhoben.  
(6) Weitere Zuschläge, insbesondere für die Beförderung von Gepäck oder Kleintieren, werden nicht erhoben.  
(7) Für Fahrten außerhalb des Pflichtfahrgebietes oder über das Pflichtfahrgebiet hinaus ist das Beförderungsentgelt für die gesamte Fahrtstrecke vor Antritt der Fahrt mit dem Fahrgast frei zu vereinbaren.

### § 4 Störungen

(1) Bei Störungen des Fahrpreisanzeigers ist der Fahrpreis nach der zurückgelegten

Wegstrecke zu berechnen. Für jeden vollendeten Kilometer nach Maßgabe des serienmäßigen Wegstreckenzählers ein Betrag von 2,30 € zu berechnen. Ist auch der serienmäßige Wegstreckenzähler gestört, kann ein Fahrpreis nicht in Rechnung gestellt werden.

(2) Störungen des Fahrpreisanzeigers sind unverzüglich zu beseitigen.

### § 5 Allgemeine Vorschriften

(1) Das Fahrpersonal hat diese Verordnung in der Taxe mitzuführen und jedem Fahrgast auf Verlangen vorzuzeigen.  
(2) Auf Verlangen ist jedem Fahrgast eine Quittung über das Beförderungsentgelt unter Angabe der Fahrtstrecke, der Ordnungsnummer der Taxe sowie des Namens und der Betriebsadresse des Unternehmens mit Datum und Unterschrift auszustellen.  
(3) Das Fahrpersonal ist mit den Vorschriften dieser Verordnung vertraut zu machen und zur ihrer Befolgung anzuhalten.  
(4) Sofern der Fahrgast nicht etwas anderes bestimmt, hat das Fahrpersonal den kürzesten Weg zum Fahrziel zu wählen, es sei denn, dass ein anderer Weg verkehrs- oder preisgünstiger ist und mit dem Fahrgast vereinbart wird.  
(5) Fahrgäste müssen den auf dem Fahrpreisanzeiger angezeigten Fahrpreis jederzeit ablesen können. Bei Dunkelheit ist der Fahrpreisanzeiger entsprechend zu beleuchten.  
(6) In jeder Taxe sind die Anschrift des Betriebsortes des Unternehmens sowie das amtliche Kennzeichen des Fahrzeuges an einer für die Fahrgäste gut sichtbaren Stelle anzubringen.  
(7) Beim Auf- und Abladen von Gepäck soll das Fahrpersonal den Fahrgästen behilflich sein.  
(8) Die Beförderung von Assistenzhunden ist verpflichtend.  
(9) Das Fahrpersonal muss während des Dienstes stets einen Betrag von 50,00 € wechseln können. Fahrten zum Zweck des Geldwechsels gehen zu Lasten des Fahrers.

### § 6 Zuwiderhandlungen

(1) Wer fahrlässig oder vorsätzlich den Vorschriften dieser Verordnung zuwider handelt, kann gemäß § 61 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 PBefG mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € belegt werden.

### § 7 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 01.10.2022 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung des Landratsamtes Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim über Beförderungsentgelt und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Kraftdroschken (Taxen) im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (Taxitarifordnung) vom 24.06.2019 außer Kraft.

Neustadt a.d.Aisch, den 12.09.2022  
Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim  
Weiß, Landrat

LkrABI. Nr. 18/2022

**LANDRATSAMT NEUSTADT  
A.D.AISCH-BAD WINDSHEIM  
Taxiordnung**

Verordnung des Landratsamtes Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim über den Betrieb von Kraftdroschken (Taxen) im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (Taxiordnung); vom 12.09.2022

Aufgrund von § 47 Abs. 2 Satz 3, 51 Abs. 1, § 61 Abs. 1 Nr. 4 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl I S. 1690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. April 2021 (BGBl I S. 822) und § 15 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) vom 16. Juni 2015 (GVBl S. 184, BayRS 2015-1-1-V), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 24. März 2022 (GVBl S. 70) und § 11 Nr. 1 der Delegationsverordnung (DelV) vom 28.01.2014 (GVBl. S. 22 BayRs 103-2-V), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.03.2022 (GVBl 2022, S 79) erlässt das Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim folgende

Verordnung:

**§ 1 Geltungsbereich**

Die Taxiverordnung gilt für den Verkehr mit Taxen im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim.

**§ 2 Bereitstellen**

- (1) Taxen dürfen nur auf gekennzeichneten Taxenstandplätzen bereitgestellt werden.
- (2) Für das Bereitstellen von Taxen außerhalb der zugelassenen Taxenstandplätze ist die Erlaubnis der Genehmigungsbehörde einzuholen. Die Erlaubnis wird befristet und widerruflich erteilt, wenn die Interessen der Allgemeinheit oder außergewöhnliche Verkehrsbedürfnisse es erfordern. Auflagen und Bedingungen sind zulässig.
- (3) § 5 Abs. 1 bleibt unberührt.

**§ 3 Taxenstandplätze**

(1) Die im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim genehmigten Taxen dürfen auf den in ihren Pflichtfahrgebieten mit Zeichen 229 der Straßenverkehrsordnung

gekennzeichneten Taxistandplätzen aufzufahren. Die Pflichtfahrgebiete legt die Taxitarifordnung fest.

(2) Die Taxen sind in der Reihenfolge ihrer Ankunft auf den Taxenstandplätzen aufzustellen. Jede Lücke ist durch Nachrücken der nächsten Taxe auszufüllen. Den Fahrgästen steht die Wahl der Taxe frei.

(3) Die Taxen müssen stets fahrbereit sein und so aufgestellt werden, dass sie den Verkehr nicht behindern. Das Fahrpersonal von Taxen hat sich stets in leicht erreichbarer Nähe seiner Fahrzeuge aufzuhalten.

(4) Sofern sich an einem Taxenstandplatz eine Fernmeldeanlage befindet, ist der in der Reihenfolge der Ankunft auf dem Taxenstandplatz erste zur Benutzung der Fernsprechanlage berechnigte Fahrer verpflichtet, die Fernmeldeanlage zu bedienen und die bestellte Fahrt auszuführen. Auf Verlangen hat er das amtliche Kennzeichen seines Fahrzeuges zu nennen.

(5) Die Taxen dürfen auf den Taxenständen nicht instandgesetzt oder gewaschen werden. Der Straßenreinigung muss jederzeit Gelegenheit gegeben werden, ihren Obliegenheiten auf den Taxenstandplätzen nachzukommen.

**§ 4 Dienstbetrieb**

- (1) Das Bereitstellen und der Einsatz der Taxen können durch einen von den Taxigewerbetreibenden gemeinsam aufgestellten Dienstplan geregelt werden. Der Dienstplan ist unter Berücksichtigung der Arbeitszeitvorschriften und der zur Ausführung von Wartungs- und Pflegearbeiten erforderlichen Zeit aufzustellen. Er ist dem Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim zur Zustimmung vorzulegen. Änderungen bedürfen ebenfalls der Zustimmung.
- (2) Beförderungsaufträge zwischen 2.00 Uhr und 5.00 Uhr müssen nur ausgeführt werden, wenn sie montags bis freitags an Werktagen bis spätestens 2.00 Uhr und an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen bis spätestens 4.00 Uhr vorangemeldet werden.
- (3) Der Dienstplan ist von den Taxigewerbetreibenden bzw. -fahrer und fahrerinnen einzuhalten.
- (4) Das Landratsamt kann selbst einen Dienstplan verbindlich aufstellen, wenn die Taxigewerbetreibenden keinen Dienstplan aufstellen oder einen von ihnen aufgestellten Dienstplan nicht beachten.

**§ 5 Funktaxen**

- (1) Mit Funkgeräten ausgerüstete Taxen dürfen während und unmittelbar nach der Ausführung eines Fahrauftrages durch die Funkzentrale zum nächsten Fahrgast beordert werden.
- (2) Funkgeräte dürfen nur so laut eingeschaltet sein, dass sie weder das Fahrpersonal noch den Fahrgast stören.

**§ 6 Fahrbetrieb**

- (1) Rundfunkgeräte dürfen bei der Fahrgastbeförderung nur mit Zustimmung der Fahrgäste betrieben werden.
- (2) Verlangt der Fahrgast eine Quittung über das Beförderungsentgelt, so ist ihm diese unter Angabe der Fahrtstrecke und der Ordnungsnummer sowie des Namens der Unternehmerin bzw. des Unternehmers und der Betriebssitzadresse zu erteilen.
- (3) Ein Anspruch auf Beförderung besteht nur innerhalb des Pflichtfahrbereiches
- (4) Gepäck und Tiere können von der Beförderung ausgeschlossen werden, wenn durch Ihre Mitnahme Gefahren für eine ordnungsgemäße und sichere Beförderung ausgehen können.

**§ 7 Ordnungswidrigkeiten**

Wer fahrlässig oder vorsätzlich den Vorschriften dieser Verordnung zuwider handelt, kann gemäß § 61 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 PBefG mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € belegt werden.

**§ 8 Beförderungsentgelt**

Die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit Taxen bestimmen sich nach der Taxitarifordnung.

**§ 9 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt zum 01.10.2022 in Kraft.

Neustadt a.d.Aisch, den 12.09.2022  
Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim  
Weiß, Landrat

LkrABI. Nr. 18/2022

**SPRAKASSE IM LANDKREIS  
NEUSTADT A.D.AISCH-  
BAD WINDSHEIM  
Aufgebotsverfahren**

Das Sparkassenbuch Nr. 4822135515 (622135515) ist in Verlust geraten. Es wird hiermit aufgebots. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, seine Rechte unter Vorlage der Urkunde binnen einer Frist von drei Monaten bei der Sparkasse anzumelden, anderenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird. Im übrigen verweisen wir auf den Aushang bei der Sparkasse Neustadt a.d.Aisch, Sparkassenplatz 1.

Neustadt a.d.Aisch, 09.09.2022,  
gez. Berger, Sparkassendirektor

LkrABI.Nr. 18/2022

**SPRAKASSE IM LANDKREIS  
NEUSTADT A.D.AISCH-  
BAD WINDSHEIM  
Kraftloserklärung**

Das von der Sparkasse ausgestellte Sparkassenbuch Nr. 3245087329 (241087329)

wird, nachdem die Frist von drei Monaten zur Vorlage des Sparkassenbuches verstrichen ist, für kraftlos erklärt.

Neustadt a.d.Aisch, 05.09.2022  
gez. Sighart, Sparkassendirektor

LkrABI. Nr. 18/2022

**KOMMUNALUNTERNEHMEN  
KLINIKEN DES LANDKREISES  
NEUSTADT A.D.AISCH-BAD  
WINDSHEIM  
Jahresabschluss und Lagebericht 2021**

Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens hat gemäß § 12 Abs. 2 der Unternehmenssatzung i.V.m § 27 Abs. 1 der KUV (Verordnung über Kommunalunternehmen) den Abschluss des Geschäftsjahres 2021 in seiner Sitzung am 31.08.2022 festgestellt, und dem Vorstand Entlastung erteilt. Aktiva und Passiva der Bilanz schließen mit dem Betrag von 92.249.747,60 €. Der Jahresfehlbetrag der Kliniken des Landkreises Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Nachfolgend der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG, Dreieich vom 20.07.2022:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen  
Abschlussprüfers:

An das Kommunalunternehmen "Kliniken des Landkreises Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim"

**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Kommunalunternehmens "Kliniken des Landkreises Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim" – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Kommunalunternehmens "Kliniken des Landkreises Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Kommunalunternehmens zum 31.

Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kommunalunternehmens. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDWV) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes" unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

**Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhaltes**

Das Unternehmen weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 8.394.641,70 Euro (Vorjahr 10.308.426,47 Euro) aus. Fortgesetzt liegt eine bilanzielle Überschuldung vor. Aufgrund derteilweisen Verlustabdeckung des Landkreises Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim in Höhe von 3.500.000,00 Euro trat trotz des erwirtschafteten Jahresfehlbetrages während des abgelaufenen Geschäftsjahres 2021 eine leichte, aber keine durchgreifende Verbesserung der Eigenkapitalsituation ein. Das Kommunalunternehmen ist weiterhin zwingend auf die Unterstützung des Landkreises zur Sicherung seines Fortbestandes angewiesen.

Der Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim hat in seinem Haushalt für das Jahr 2022 3.676,5 Tausend Euro für Zuweisungen an das Kommunalunternehmen sowie weitere 1.700 Tausend Euro für Investitionskostenanteile eingestellt. Diese sind im Jahr 2022 teilweise geflossen.

Der Landkreis als Anstalts- und Gewährträger ist auch in den kommenden Jahren gefordert, die Verluste des Kommunalunternehmens im gesetzlichen Rahmen auszugleichen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kommunalunternehmens vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Kommunalunternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kommunalunternehmens vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Kommunalunternehmens



zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt zutreffendes Bild von der Lage des Kommunalunternehmens vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Kommunalunternehmens abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Kommunalunternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass das Kommunalunternehmen seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kommunalunternehmens vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm

vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dreieich, 20. Juli 2022  
Schüllermann und Partner AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Gemäß § 27 Abs. 3 der KUV werden Bilanz und Erfolgsrechnung hiermit öffentlich bekannt gegeben.

Neustadt a.d.Aisch, 06.09.2022

Klinken des Landkreises  
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim  
Helmut Weiß, Vorsitzender des Verwaltungsrats

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2021 liegen ab Dienstag, den 20. September 2022 bis einschließlich Mittwoch, den 28. September 2022 (außer 24./25. September 2022) im Verwaltungsgebäude der Klinik Neustadt a.d.Aisch, Paracelsusstraße 32, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 15 (Sekretariat des Vorstandes) während der regulären Arbeitszeiten öffentlich aus.

Neustadt a.d.Aisch, 06.09.2022  
Klinken des Landkreises  
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim  
Stefan Schilling, Vorstand

LkrABI. Nr. 18/2022